

SÜDWEST PRESSE

DIE GROSSE TAGESZEITUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausgabe für Ulm und den Alb-Donau-Kreis

Donnerstag, 19. Oktober 2017 · 1,80 € · LAI

Stadt & Region



Pläne zum Bahnhofsplatz stoßen auf Kritik

Ulm. Was die Stadtverwaltung am Platz vor dem Bahnhofsgebäude vorhat, gefällt nicht allen Stadträten. Auf Widerspruch stoßen vor allem das große, dunkle Dach aus Metall und die kleinteiligen Haltestellen.
Ulm&Neu-Ulm Seite 17

War die Kurdenfrage Auslöser für Überfall?

Ulm. Vieles deutet auf einen politischen Hintergrund für den Überfall auf den türkischen Imbiss an Schwörmontag vergangenen Jahres hin. Das wurde gestern in der Verhandlung am Ulmer Landgericht deutlich.
Ulm&Neu-Ulm Seite 19

Duo ist zum Einbrechen eingereist

Memmingen. Dreizehn Taten in zehn Tagen: Im Januar waren in der Region zwei Einbrecher aus Serbien unterwegs – immer auf der Suche nach Schmuck und Bargeld. Nun sind sie vom Landgericht Memmingen zu vier Jahren und neun Monaten Haft verurteilt worden.
Region Seite 25

Entspannt in die Zukunft

Unsere Serie bis 18. November

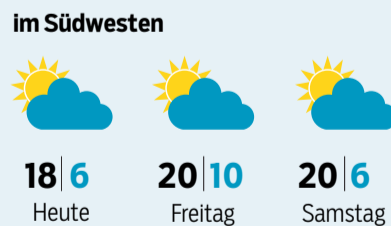
Heute auf swp.de

Technik Via WhatsApp in Echtzeit Standortinfos teilen. Mehr zur neuen Funktion unter swp.de/standort

Comic Ein neuer Band von Asterix und Obelix ist erschienen. Die Erfolgsgeschichte unter swp.de/asterix

Film Vor 50 Jahren lief Disneys Dschungelbuch in den Kinos. Mehr zum Klassiker unter swp.de/dschungel

Das Wetter im Südwesten



So erreichen Sie uns:

Abo-Service: 0731 156-276
aboservice@swp.de
Privatanzeigen 0731 156-602
kleinanzeigen@swp.de
Geschäftsanzeigen 0731 156-210
anzeigen@swp.de
Redaktion 07344 9525-21 / -23
redaktion@swp.de
Karten-Service 0731 156-855
kartenservice@swp.de

89143 Blaubeuren, Weilerstr. 3
Nummer 242 · 73. Jahrgang · B 45743



Mit roten Fahnen zur Weltmacht

Dreieinhalb Stunden dauerte die Rede, mit der Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping seine Vision für die Zukunft seines Landes entwarf. We-

sentlicher Bestandteil: Die Streitkräfte sollen modernisiert und zu einem Militär von „Weltklasse“ ausgebaut werden. „Der Wiederaufstieg der Nati-

on ist der größte Traum des chinesischen Volkes“, sagte Xi.
Kommentar und Themen des Tages Seite 2

Kommentar
Felix Lee
zu Chinas Rolle
in der Welt



Auf die große Bühne

Bislang galt für China die Doktrin der Nichteinmischung. Der Reformpatriarch Deng Xiaoping hatte sie Anfang der 80er Jahre ausgegeben. Er wollte nicht, dass sich sein Land in die Belange anderer Staaten einmischte. Umgekehrt sollte auch niemand China hineinreden. Pekings amtierender Staatschef Xi Jinping bricht nun mit dieser Doktrin.

Zum Auftakt des 19. Kongresses der Kommunistischen Partei hat Xi eine Rede gehalten, an die sich die Welt noch erinnern dürfte. Er sprach von einer neuen Ära und kündigte an, eine „Armee auf Weltklasse-Niveau“ aufzubauen.

Belege für Chinas neue Außenpolitik gibt es bereits. Mit der Seidenstraßen-Initiative versucht er, den Einfluss seines Landes auszudehnen. Dass es dabei keineswegs nur um Handel geht, sondern um Geopolitik, zeigt sich an Chinas wachsender globaler Militärpräsenz. Zugute kommt Xi die isolationistische Außenpolitik der USA unter Donald Trump. In Südostasien hat Trump bereits ein Vakuum hinterlassen. Im Nahen Osten droht Ähnliches. Xi erkennt darin die Chance. Der von ihm vor fünf Jahren propagierte „chinesische Traum“ – er wird nun Wirklichkeit.

EU will Terror bremsen

Sicherheit Mehr Fahnder und besserer Austausch von Daten geplant.

Brüssel. Aus Sorge vor weiteren Anschlägen hat die EU-Kommission einen neuen Aktionsplan gegen Terroristen vorgelegt. Speziell ausgebildete Fahnder sollen demnach verschlüsselte Internet-Botschaften knacken, grenzüberschreitende Geldströme aufdecken und die Nutzer gefährlicher Stoffe genauer überprüfen. Der neue Aktionsplan sieht zudem eine bessere Zusammenarbeit und einen stärkeren Informationsaustausch der nationalen Strafverfolger vor. Mit Millionenaufwand sollen öffentliche Räume in der EU gegen Anschläge abgesichert werden.
dpa

Sachsens Regierungschef tritt nach Wahlschlappe ab

Parteien Das schlechte Abschneiden der CDU bei der Bundestagswahl hat Folgen: In Sachsen, wo die AfD stärkste Kraft wurde, wirft Stanislaw Tillich hin.

Dreieinhalb Wochen nach der schweren Niederlage der sächsischen CDU bei der Bundestagswahl hat Ministerpräsident Stanislaw Tillich seinen Rücktritt angekündigt. Nach neun Jahren im Amt will er im Dezember als Regierungschef abtreten. Als seinen Nachfolger schlägt er den langjährigen sächsischen CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer vor.

Bei der Bundestagswahl war die AfD mit 27 Prozent in Sachsen stärkste politische Kraft ge-

worden. Sie hatte überraschend die seit der Wiedervereinigung 1990 regierende CDU knapp überholt. Die AfD fuhr damit in Sachsen ihr bundesweit bestes Landesergebnis ein. Der Freistaat gilt als Hochburg der Rechtspopulisten, in der Landeshauptstadt Dresden hat sich auch die islam- und fremdenfeindliche Pegida-Bewegung gegründet.

„Für eine gute Zukunft Sachsens sind auch neue Antworten wichtig. Es braucht den Mut, gewohnte Bahnen zu verlassen“, sagte Tillich. Deshalb habe er

sich entschlossen, die Verantwortung in jüngere Hände zu übergeben. Tillich war seit 2008 Ministerpräsident von Sachsen.

Seit Tagen war im Freistaat über eine größere Regierungs-umbildung spekuliert worden. Ende September war bereits Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) zurückgetreten. Sie hatte private Gründe angegeben.

Nach der Wahl hatte Tillich eine schärfere Asyl- und Einwanderungspolitik gefordert und von seiner Partei auf Bundesebene verlangt, die Lücke

nach rechts zu schließen. Die CDU in Sachsen ist ohnehin stark konservativ ausgerichtet, was den Wahlerfolg der AfD jedoch nicht verhinderte.

Die Bundes-CDU würdigte den Einsatz Tillichs für die Partei und dessen Heimatland. Tillich habe sich „in den verschiedensten Funktionen um den Freistaat verdient gemacht und war immer ein starker Vertreter der Interessen seiner Heimat in der Bundespartei“, erklärte CDU-Generalsekretär Peter Tauber in Berlin.
dpa

Themen des Tages Seite 2

Gute Stimmung bei Jamaika-Gesprächen

Koalition Erste Sondierungen von CDU/CSU mit FDP und Grünen verlaufen konstruktiv.

Berlin. Die ersten Meter auf der langen Strecke nach Jamaika haben CDU, CSU und FDP hinter sich. „Von Berlin nach Kingston“, so rechnete FDP-Generalsekretärin Nicola Beer nach dem ersten Vorgespräch zwischen Union und Liberalen vor, „sind es 8500 Kilometer. Den Start haben wir jetzt hinter uns.“ Gut zwei Stunden lang berieten die Vertreter der drei Parteien

in den abgeschirmten Salons der „Parlamentarischen Gesellschaft“ bei Kürbissuppe, Würstchen und Zwetschgenucken,

„Von Berlin nach Kingston sind es 8500 Kilometer.“

Nicola Beer
FDP-Generalsekretärin

dann erklärten die Generalsekretäre das Treffen übereinstimmend für „konstruktiv und verständnisvoll“.

Am späten Nachmittag traf die Sondierungsgruppe der Grünen zu Gesprächen mit der Union ein. Im Anschluss lobten Vertreter aller drei Parteien die konstruktiven Gespräche. Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner sagte, man habe

nach Lösungen gesucht, „wie der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt“ werden könne. CSU-Chef Horst Seehofer nannte die Verhandlungen „nicht schlecht für den ersten Tag. Das waren schon auch vernünftige Diskussionen ausnahmslos“. Die Sondierungsgruppe mit allen vier Parteien trifft am Freitag zusammen.
G. Hartwig, I. Steinle, M. Gabel

Kommt ein Ostfrieser ins Standesamt

Ostfriesen sind ja angeblich nicht die hellsten Kerzen auf der Torte. Der in Fachkreisen als Homo Ostfrisiensis bekannte Nordseeküstenbewohner isst keine Brezeln, weil er den Knoten nicht aufbekommt, hat einen platten Hinterkopf, weil ihm beim Wassertrinken regelmäßig der Klo- deckel auf den selbigen fällt und braucht zum Melken 14 Milchbauern – vier, die die Zitzen festhalten und zehn, die die Kuh rauf- und runterheben.

Die wichtigsten Erkenntnisse über das schlechte Gemüt der putzigen Nordlichter wurden in

Thorben Heibers Standardwerk „Ostfriesenwitze“ (drei Bände) zusammengefasst, doch die Forschung ist nicht am Ende. Jetzt hat die „Bild“-Zeitung herausgefunden, dass Ostfriesen wohl besonders untreu sind. Die ersten 80 Seiten des vierten Bandes füllen sich damit fast von alleine.

Emden ist die Scheidungshauptstadt Deutschlands. Auf 246 Ehen kommen 204 Scheidungen, eine Quote von 83 Prozent. Das Emdener Standesamt liegt allerdings direkt neben ei-

ner Zeitarbeitsagentur, vielleicht haben viele da einfach was durcheinandergebracht.

Besonders treu sind die Allgäuer, in Kempten wird nur jede zehnte Ehe geschieden. Ob das auf ihren Intellekt oder die geografische Begrenzung der Fluchtwege zurückzuführen ist, sei dahingestellt. Angeblich können Allgäuer im Gegensatz zu Ostfriesen ja sehr gut Brezeln essen und Kühe melken. Mag sein, dass da schlicht keine Zeit für Scheidungen bleibt.
Thomas Block

Mindestgröße Einheitliche Regel meist unzulässig

Luxemburg. Die Vorgabe einer einheitlichen Mindestgröße für männliche und weibliche Polizisten ist aus Sicht des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) diskriminierend und nur unter sehr strengen Voraussetzungen zulässig. In dem Rechtsstreit geht es um eine Polizeianwärterin in Griechenland, die an der Vorgabe einer Mindestgröße von 1,70 Metern scheiterte. Sie argumentierte, die Vorschrift diskriminiere Frauen.
dpa

Themen des Tages Seite 3

Grün-Schwarz Tempolimit auf A 81 gestoppt

Stuttgart. Das umstrittene Tempolimit auf der Autobahn 81 bei Bad Dürrenheim ist zunächst gestoppt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und sein Vize Thomas Strobl (CDU) erklärten in Stuttgart, zunächst sollten die Arbeitskreise Verkehr der Regierungsfractionen beraten. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hatte für einen Teil der A81 ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern angeordnet.
dpa

Südwestumschau